

Die Ameise.



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: K. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Ar. 2.

Berlin, den 10. Januar 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Wilen** (Westf. Stanz- und Emailierwerk A.-G. vorm. J. H. Kerkmann), Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), **Mannheim-Räberthal** (Rhein. Porzellanf. W. Sterner), **Stadtlengsfeld** (Firma Schweizer), **Tillowitz** (prächtig Frankenberg'sche Fabrik), **Tripptis, Neckendorf** in Westfalen (Firma Gressel u. Co.).
Der Vorstand.

Die kommunistisch-patriarchalische Familienarbeit im Gegensatz zur modernen Frauen- und Kinderarbeit.

„Verdienen“ wird groß geschrieben sagt man im gewöhnlichen Leben und je mehr Hände in einer Familie thätig sind, je mehr kann verdient — kann verzehrt und verbraucht werden. — Die Familienarbeit bildet sozusagen eine genossenschaftliche Arbeit mit Arbeitsteilung, in welcher jede Arbeitskraft voll und ganz ausgenutzt werden kann, selbst die der schwächlichen Kinder. — Am ausgeprägtesten ist die kommunistisch-patriarchalische Familienarbeit wohl bei den sonst so übelbeleumundeten Chinesen; allerdings liegen die Verhältnisse auch nirgends günstiger als dort, wo von alters her die Interessengemeinschaft in der Familie gehegt und gepflegt wurde. Diese Interessengemeinschaft ist von höchster Wichtigkeit für die chinesische Kultur im Allgemeinen und den chinesischen Arbeitern im Besonderen. Nur so ist es möglich gewesen, daß sich eine Großindustrie zur Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit bis heute nur ganz spärlich entwickeln konnte. — Auf der Organisation der Familie beruht demnach auch eine der wichtigsten Institutionen der chinesischen Kultur. Die chinesische Familie ist nicht etwa, wie bei uns, eine Einzelfamilie, sondern die Eltern und die Familien der verheirateten Söhne bilden einen gemeinsamen Verband, der unter einem Dache wohnt. Da die Chinesen schon sehr früh heirathen, finden sich oft drei und vier Generationen unter einem Dache vereinigt, ja ganze Dörfer setzen sich oft aus einem solchen Familienverbande zusammen. Das älteste Familienmitglied bildet das Oberhaupt, das Haupt der Familien-

organisation. — Das wichtigste dieser Familienorganisation ist, wie bereits angedeutet, die Gemeinschaft der Interessen. Diese Interessengemeinschaft zielt in erster Linie darauf ab, den Eltern ein friedliches Alter zu sichern, sie zu ernähren, wenn sie arbeitsunfähig werden. — Diese Interessengemeinschaft erhält aber fernerhin, wie Tscheng-Ki-Tong in seiner Schilderung seiner Landsleute besonders hervorhebt, ihren greifbaren Ausdruck in der Einrichtung, daß jede Familie ihre gemeinsame Kasse besitzt, in die der Erwerb sämtlicher Familienmitglieder fließt. — Aus dieser Kasse werden nicht nur die arbeitsunfähigen Eltern erhalten, sondern auch jedes andere Mitglied, das durch Unfall oder Krankheit erwerbslos wird. — Nun kommt aber die Hauptsache bei dieser Familienorganisation, auf welcher die Familienarbeit ihren Stützpunkt findet. Jede Familie besitzt entweder ein angestammtes Erbgut oder betreibt, besonders in den großen Städten, irgendeine Hausindustrie, Handel u. s. w. für eigene Rechnung, unabhängig von einem Kapitalisten.

Ist der Erwerb der Familie nicht ausreichend für die Bedürfnisse derselben, so müssen allerdings einige Familienmitglieder sich als Lohnarbeiter anderswo verbinden, für alle Fälle aber findet der chinesische Arbeiter Rückhalt an seiner Familie, so lange er außerhalb des Familienverbandes arbeitet, führt er seine Ueberschüsse aus dem fremden Erwerbe an die Familienkasse ab, ist er arbeitslos anderswo, so findet er immer wieder eine Beschäftigung im Hause so lange, bis die Arbeit anderwärts wieder aufgenommen werden kann. — Der mächtige Schutz ist nicht zu verkennen, den der chinesische Lohnarbeiter durch seine Familie gewinnt, er wird durch sie und durch die überwiegend herrschende kommunistische, patriarchalische Einrichtung der Familienarbeit von dem kapitalistischen Arbeitgeber resp. dem fremden Arbeitgeber vollständig unabhängig. — Wo immer ihm sein Arbeitsverhältnis nicht behagt, da findet er Beschäftigung und Unterschlupf im Familienverbande, während der europäische Arbeiter hilflos auf das Pflaster geworfen wird. — Aus diesem Grunde giebt es auch in China kein eigentliches Proletariat, d. h. es giebt Bettler nur da, wo diese Familienbande durch fremden Einfluß gelockert sind — in den großen Städten. Großgrundbesitz

und Großindustrie räumen unter solchen Umständen in China mit der Gleichwertigkeit der Existenzbedingungen auf, wie sie bei uns in Europa aufgeräumt haben. — Die feste und schützende Unterlage für die Existenzfähigkeit beruht, wie leicht einzusehen, in erster Linie auf der chinesischen Agrarverfassung und dem System der Hausindustrie der kommunistischen, patriarchalischen Familie. —

Ganz anders gestalten sich die Dinge bei uns in den europäischen „Kulturstaaten“. — Während in China die Familienarbeit segensbringend, Wohlstand fördernd wirkt, wird sie bei uns zum Fluch und zur Verdammung, zum Hungerleiden, wie es die Thatfachen beweisen. — Die Ursachen sind nicht schwer zu erkennen. Einmal ist die Familienzugehörigkeit bei den bezopften Söhnen des „himmlischen Reiches“ eine andere, wie in unseren christlichen Ländern, zum andern hat jede Familie ein Recht auf die Benutzung des Grund und Bodens, d. h. jede Familie lebt auf dem ihr gehörigen Grund und Boden, während die meisten Familien in christlichen Ländern dem Grundbesitzer tributpflichtig sind. — Aber nicht allein dem Grundbesitzer, dem Hausbesitzer, bei dem sie zur Miete wohnen, sondern auch dem Unternehmer, dem Kapitalisten, der ihnen die Gelegenheit zum arbeiten bietet, der sie beschäftigt. — Trauriger denn traurig sind die Zustände meistens in jenen Gegenden, wo die Familienarbeit, die Hausindustrie herrscht. — Während durch die Familienarbeit der chinesischen Arbeiter ein gewisser Grad von Wohlstand erzeugt wird, herrscht hier die Armuth in ihrer abschreckendsten Gestalt. Dem gegenüber besteht aber unter den besitzenden Klassen immer noch ein weit verbreiteter Glaube, daß Armuth und Leiden der Arbeiter ihrem Mangel an Fleiß, Mäßigkeit und Intelligenz zuzuschreiben seien. Dieser Glaube, welcher das Gefühl der Verantwortlichkeit einlullt und zugleich dem Selbstbewußtsein schmeichelt, ist zum bestehenden Dogma aller derer geworden, welche die Armuth nur vom Hörensagen kennen, welche nie über wirtschaftliche Probleme nachgedacht haben. — Wer die Gesetze der Güterverteilung im modernen Wirtschaftssystem kennt, wessen Blick im Kampf um die Existenz geschärft ist, der wird den Irrthum dieser Anschauung einsehen. — Man stelle uns nicht den Fleiß und

die Anspruchslosigkeit des chinesischen Arbeiters entgegen oder die Erfolge einzelner Emporkömmlinge. — Fleiß, Geschick, Genügsamkeit und Intelligenz können dem Einzelnen nur insofern von Nutzen sein, als sie sich über das Niveau der Durchschnittsfähigkeit eines Menschen erheben. Auch das Ausnutzen der längeren Arbeitszeit kann für den Arbeiter nicht dauernd von Nutzen sein. —

Es ist zur Genüge bekannt, daß die Löhne in Branchen mit langer Arbeitszeit nicht höher sind, als in solchen mit kurzer Arbeitszeit. — Desgleichen ist es Thatsache, daß dort, wo es Brauch ist, daß Weib und Kinder mitarbeiten, die von der ganzen Familie erzielten Arbeitsgewinne nicht höher sind als dort, wo der Mann allein arbeitet. „Die Arbeit der Schweizerfamilie in der Uhrenfabrikation konkurriert an Billigkeit mit den amerikanischen Maschinen.“ — „Die böhmischen Zigarrenarbeiter New-York's, die familienweise, Männer, Weiber und Kinder in ihren Wohnungen arbeiten, haben die Preise des Zigarrenmachens unter den Verdienst der Chinesen in San Francisco herabgedrückt.“ (Siehe „Fortschritt und Armuth“.) Dies ist leicht erklärlich, da unter dem Druck der Konkurrenz derjenigen, welche um jeden Preis arbeiten wollen oder um jeden Preis arbeiten können, der Lohn, der von Kapitalist und Grundbesitzer abhängigen Lohnarbeiter, auf dasjenige Minimum sinkt, bei welchem die ganze Familie gerade noch nothdürftig ihr Leben fristen kann. — Sobald das Einkommen, welches die ganze Familie erzielt, so gering ist, daß nichts übrig bleibt, d. h. daß man sozusagen aus der „Hand in den Mund lebt“, so wird bei der geringsten Geschäftskrise, bei Arbeitsstörungen zc. der Zustand eintreten, welcher die ganze Familie zwingt, jeden Arbeitspreis anzunehmen, um nicht zu verhungern. — Während der chinesische Familienvater, der unabhängig vom Kapitalisten u. s. w. seine wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert hat, indem er die Familienarbeit auf kommunistischer Basis im Hause kultiviert, so hat der moderne Arbeiter durch die Heranziehung der Familie zur gemeinsamen Arbeit, seine wirtschaftliche Lage verschlechtert, weil er nicht auch zugleich Besitzer der Arbeitsmittel zc. ist. —

Wir sehen, wie hinfällig hier das Argument gewisser „Volksfreunde“ ist, welche meinen, die ganze Familie müsse mithelfen, Geld zu verdienen, damit es dem Arbeiter wohl ergehe. Würde sich die Produktion bei den Chinesen auf privatkapitalistischer Basis entwickeln, wie dies z. B. in anderen Kulturländern der Fall ist, so würde von der chinesischen Familienarbeit bald dasselbe gelten, was Karl Marx schon vor einem Menschenalter von der modernen Frauen- und Kinderarbeit sagte: „Auf Grundlage des Waarenaustausches war es erste Voraussetzung, daß sich Kapitalist und Arbeiter als freie Personen, als unabhängige Waarenbesitzer — der eine Besitzer von Geld und Produktionsmittel, der andere Besitzer von Arbeitskraft, gegenübertraten. — Aber jetzt kauft das Kapital Unmündige oder Halbunmündige. Der Arbeiter verkauft früher seine eigene Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. — Er verkauft jetzt Weib und Kind. — Er wird Sklavenhändler.“ — In dem die heutige moderne Produktionsweise in Folge des Maschinenbetriebes u. s. w. alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, vertheilt sie den Werth der Arbeitskraft des Mannes auf seine ganze Familie; sie entwerthet daher seine Arbeitskraft (Marx). Nur dadurch, daß der chinesische Familienvater unabhängig ist vom Kapitalismus, vermag er die Familienarbeit nutzbringend für sich und die Angehörigen zu gestalten. Hp.

Erfreulicher Weise

ist in unserem Verbands eine Besserung eingetreten, das Vertrauen zu dem Vorstande, das früher durch allerhand Machinationen untergraben wurde, ist bei den Verbandsmitgliedern erheblich gestiegen. Mitglieder, die früher abseits standen, stehen nun, nachdem sich alles aufs beste geklärt hat, auf seiner Seite; möge es zum Nutzen des Verbandes immer so bleiben. Das Unternehmertum hat sich über unsere Zerfahrenheit stets in's Fäustchen gelacht (siehe Vater u. Schäfer in Rudolstadt), es wird nun einsehen, daß wir eine geschlossene Masse sind und Ruhe und Ordnung in unserem Verbands eingetreten ist. Mißgriffe und Fehler können freilich überall einmal vorkommen und ein jeder Genosse, der an der Spitze einer Gewerkschaft, Partei oder Genossenschaft steht, soll sich einmal zurückerinnern, ob er noch keine Fehler gemacht hat. Derjenige, der nicht für das Wohl der Arbeiterschaft energisch kämpft, dem kann freilich nichts passieren; dessen Hauptfehler ist aber seine Gleichgültigkeit den immer drückenderen Verhältnissen gegenüber, mit einem Worte, wenn die Fehler nicht absichtlich gemacht werden, so soll man kein so großes Geschrei darüber machen. Erinnert Euch zurück, wie man Herden gegen Seebald wählte, wiewohl Ersterer nicht auf der Generalversammlung anwesend war. Man meinte, Seebald wäre dem Vorstand freundlich gesinnt, man müßte einen Hecht in den Karpfenteich setzen und dieser Herden, der nebenbei bemerkt, meine vollste Sympathie hat, er arbeitet in bester Weise für den Verband, aber einig und geschlossen mit seinen Nebenkollegen. Das lehrt uns, daß gerade diejenigen die Störenfriede waren, die nun in der Verbandschaft nicht mehr sind. Schreiber dieses war an der Rudolstädter Sitzung, in welcher die Streitigkeiten Hey contra Zahn und Bollmann geregelt werden sollten, betheiligte und erkannte gleich, wer die Schuld an den damaligen Verhältnissen hatte. Die bald danach einseitig gehaltene Flugschrift des Schiedsgerichts, die Wahlen zur Generalversammlung geschahen im Zeichen der Voreingenommenheit gegen die Verbandschaft. Man dachte, daß Wunder was in dieser jenesmaligen geheimen Sitzung zusammengebraut worden sei, alles muß nun in der Öffentlichkeit verhandelt werden zc. Derjenige wurde als der beste Vertreter in der Generalversammlung betrachtet, der es mit seinen Worten gegen die Verbandschaft nicht so genau nahm. An allen diesen Vorkommnissen hatte das Schiedsgericht die meiste Schuld mit, es erfreute sich einer Beliebtheit sondergleichen, es bekam Rechte, statutarisch eingeräumt, die mit denen des Vorstandes nicht im Einklang standen. Das Schiedsgericht wird zum Obertribunal des Verbandes gestempelt, dasselbe soll mehr Kenntniß haben wie die Verbandschaft im Statutenauslegen, ja, man erhält sogar gesetzgeberische Gewalt. Besteht unser jetziges Schiedsgericht so viel mehr Kenntnisse, wird ein anderes dieselben besitzen? das wird nicht der Fall sein. Der Vorstand muß sich strikt an die Statuten halten, die ihm von der Generalversammlung diktiert werden; ob ihn auch öfter sein inneres Gefühl zu einem anderen Beschlusse kommen lassen möchte. Es wird dann zwar immer heißen, der Vorstand ist hart, während man jetzt von einem lieben Schiedsgericht spricht. Darum hinweg mit dem Schiedsgericht und man möge dem Vorschlag, den die Zahlstelle Berlin II sowie Sabbath und Schäfer auf der Generalversammlung in Rudolstadt machte, näher treten; es ist auch noch Zeit genug vorhanden, darüber bis zur nächsten Generalversammlung nachzudenken.

Darum halten wir treu zusammen, treu zur Verbandsleitung, in der Einigkeit liegt unsere Kraft und Stärke. Deshalb auch bitte ich die Verbandsgenossen bei der jetzigen Mitgliederabstimmung im Sinne des Vorstandes abzustimmen. In der Zeit der Krise müssen wir erst recht einig zusammenhalten, damit wir ungeschwächt aus derselben hervorgehen. H. in Sch.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Regelmäßig senden eine größere Anzahl von Verwaltungen die Quartals-Abschlüsse viel später ein, als dies durch Statut vorgeschrieben ist und die oft wiederholten Mahnungen bleiben wirkungslos. Durch solche Verzögerung hat aber die Verbandsache keinen Nutzen, vielmehr wird recht oft nur die Ordnung in den örtlichen Kasernenverwaltungen gefährdet, der Einblick für die Revisoren erschwert, der Mitgliederstand in Folge der höher anwachsenden Beiträge verringert. Auch beschweren sich immer mehr Zahlstellen, deren Abschlüsse pünktlich eingehen und welche die Langmuth des Vorstandes für eine Ungerechtigkeit erklären, die zudem dahin führe, daß unter Hinweis auf das „zweiterlei Maß“ die Neigung zur Nachlässigkeit und Unpünktlichkeit auch in den besten Zahlstellen sich steigern müsse.

Nach § 34 Abs. 4 des Verbandsstatuts haben die Verwaltungen die Abschlüsse bis zum 20. des ersten Monats im Quartal einzusenden, diese Bestimmung ist aber von der Mehrzahl derselben, wie schon oben erwähnt, bisher nicht beachtet worden. Mit dieser Laune muß endlich einmal gebrochen werden, es müssen sich die Mitglieder daran gewöhnen, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen, um den Kassirer in die Lage zu setzen, den Abschluß rechtzeitig fertigstellen zu können. Die Mitglieder wollen dabei in Betracht ziehen, daß, wenn heute die Beiträge entrichtet werden, morgen noch lange nicht der Abschluß fertiggestellt und abgehandelt werden kann. Den Kassirern größerer Zahlstellen ist dies einfach unmöglich, dieselben brauchen wiederum mehrere Tage, um die Arbeiten des Abschlusses bewältigen zu können.

Auch wollen die Kassirer, ohne Rücksicht auf die Restanten zu nehmen, die Abschlüsse rechtzeitig fertigstellen und absenden, denn durch pünktliches Absenden derselben wird erfolgreicher auf die Restanten eingewirkt werden können, als wenn der Kassirer zuviel Rücksicht auf jene Säumigen nimmt. Es wird ferner dadurch eine geregelte Kasernenführung herbeigeführt. Denn heute ist es dem Verbandskassirer unmöglich, die Kasernen rechtzeitig abzuschließen zu können, wenn die Abschlüsse, statt bis zum 20. des ersten Quartalsmonats, erst am Ende des Quartals eingehen.

Der Vorstand hat beschlossen, wenn Vorstehendes weder von den Mitgliedern noch von den Kassirern beachtet wird, die Bestimmung des § 34 Abs. 4 des Statuts in entschiedenster Weise zur Anwendung zu bringen, nach welcher solche rückständigen Zahlstellen 14 Tage nach erfolgloser öffentlicher Mahnung aufzulösen sind.

Wir ersuchen daher die Mitglieder um pünktliche Zahlung ihrer Beiträge und die Kassirer um ebenso pünktliche Einwendung der Abschlüsse.

Der Vorstand.

An die Zahlstellen-Verwaltungen.

Bis jetzt haben noch ca. 40 Zahlstellen das Resultat der Neuwahlen für die Zahlstellen-Verwaltungen pro 1902 nicht eingesandt. Das diesjährige Adressenverzeichnis

soll mit Nr. 3 der „Ameise“ zur Versendung gelangen und werden die Zahlstellen, welche das Wahlergebnis noch nicht eingesandt haben, aufgefordert, dieses möglichst bald veranlassen zu wollen, um die rechtzeitige Fertigstellung des diesjährigen Adressenverzeichnisses zu ermöglichen.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

An die Zahlstellenkassierer.

Laut Mitlieder-Abstimmung sind vom 1. Oktober 1901 ab, von den Eintrittsgeldern und Beiträgen des Verbandes, für die Zahlstellen nicht mehr 15 pCt., sondern nur noch 5 pCt. zu berechnen. Die Herren Zahlstellenkassierer wollen dieses genau beachten.

W. Herden, Verbandskassierer.

Aus unserm Berufe.

— Daß über die Porzellanfabrik Stadtlengsfeld, M. Schweizer, Stadtlengsfeld der Konkurs eröffnet sei, gab das „Zwickauer Tageblatt“ bekannt, und wir nahmen hiervon in Nr. 48 der „Ameise“ entsprechend Notiz. Für die Nr. 50 sandte uns der Direktor der Fabrik eine auf Grund § 11 des Preßgesetzes aufzunehmende Berichtigung und gaben wir derselben in betreffender Nummer Raum.

Da auch in anderen Blättern von der nach Herrn Grimm allerdings nicht bestehenden Konkursöffnung Notiz genommen worden war, glaubten wir natürlich, daß auch diesen Blättern die Berichtigung zugehen würde. Es scheint aber nur die „Ameise“ hiermit bedacht worden zu sein, sonderbarerweise, denn eigentlich kann uns es doch ziemlich gleichgültig sein, ob in einer Fabrik, wo nur Arbeiter beschäftigt sind, die auf das Koalitionsrecht verzichten, der Krach vorhanden ist oder nicht. Die Sache mit der Berichtigung wird aber schließlich noch sonderbarer, wenn wir sogar in der letzten Nummer des „Sprechsaal“ unter der Rubrik: Konkursnachrichten, die Stadtlengsfelder Fabrik noch aufgeführt finden; allerdings zählt da der 21. Dezember als Tag der Konkursöffnung. Wenn aber an diesem Tag der Konkurs tatsächlich eröffnet wurde, so muß der Herr Direktor Grimm doch auch schon in der ersten Woche des Dezember gewußt haben, „wie die Aktien stehen“ und die „Berichtigung“ hätte er sich füglich sparen können.

Jetzt glauben wir ohngeachtet der Berichtigung schreiben zu können: der Konkurs über die Fabrik in Stadtlengsfeld ist eröffnet worden.

Es wird das auch durch Folgendes noch glaubwürdiger: Die zumeist auf „Lebensstellung“ angenommenen unorganisierten Arbeiter wußten nicht, ob sie nach Neujahr weiter arbeiten könnten oder nicht. Es wurde ihnen dann folgender Bescheid von der Geschäftsleitung zu Theil: Wenn es am 31. Dezember Mittags zweimal „pfeift“ (Fabrikpfeife) so geht die Arbeit am 2. Januar früh 7 Uhr wieder an, pfeift es aber nicht, bleibt die Fabrik vorläufig für Jedermann geschlossen. Die Mittheilungen von Stadtlengsfeld besagen nun, daß es am 31. Dezember Mittags nicht gepfeift hat, ergo ist der Betrieb der Fabrik eingestellt.

Es sollen nun auch die meisten derjenigen Arbeiter, die dem Herrn Direktor Grimm in seinem Kampfe gegen die Berufsorganisation zu Hilfe eilten, nach Triptis, Kloster-Wehra u. abgereist sein; die Glückseligkeit bei den mancherlei „Wohlfahrtseinrichtungen“, vor allem bei den gefüllten Fleischtopfen der Fabrikantenne, hat für sie nicht lange gewährt und für den Herrn Direktor Grimm bedeutet wohl

dieses Ende ein deutliches: Mene, mene tekel upharsin!

— Mittheilungen und Quartalsbericht vom Vorstande des Allgemeinen Unterstützungsverbandes deutscher Porzellan-Dreher u. Vorort Selb, an seine Mitlieder. Nr. 2.

Der Fehlbetrag von Magdeburg war das D und A in Nr. 1 und gleich im ersten Satz der Nr. 2 (Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses) wird daran erinnert. Ein Brief des Herrn Hellmig betr. Fehlbetrages liegt vor, er soll in der nächsten Vorortssitzung vorgelegt und beantwortet werden. — Umzugskosten erhält Baumgärtel-Krummenaab, Müller-Neuhaldensleben nach Breslau; die Mitglieder Franz Köffel und Fritz Pichler in Mannheim werden, da sie während der Sperre dort in Arbeit getreten sind, nachträglich mit zweijähriger Karenzzeit bedacht.

In der 5. Vorortssitzung, 9. September, liegen Aufnahmen vor: Karl Fischer-Großbreitenbach, Maler, Ernst Heise-Gräfenhain, Dreher. Unterstützungen erhalten: Rudolf Wielgut und Ludwig Pfennig-Schönwald. Georg Ploß und Hans Schmidt erhalten Fahrkosten von Selb nach Waldenburg. Joh. Achtziger Reisegeld nach Triptis. Eine Zuschrift von Magdeburg wird entgegengenommen und Bericht wegen Beitreibung des vermalebten Fehlbetrages nach dort gesandt.

Die 6. Vorortssitzung, 19. September, beschäftigt ein längerer Bericht des Magdeburger Kassirers Hackbusch und wird beschlossen, denselben zu vervielfältigen und den auswärtigen Vorortsmitgliedern zu übermitteln und deren Ansichten darüber einzuholen. — Aufnahmen werden vollzogen: Wilhelm Mehlitz, Gustav Sachwitz, Mojs Neger, Karl Niersch, sämtlich Dreher in Breslau, Heinr. Gehrmann-Neuhaldensleben, Dreher, Ernst Hingst-Neuhaldensleben, Maler. Unterstützungen erhalten: Max Rose, G. Baumann, H. Gollner-Selb, Jakob Mundel, Joh. Mundel-Schönwald.

Die 7. Vorortssitzung steht unter dem Zeichen der Krise, die ein solch kleiner Verband erklärlich viel herber zu fühlen hat als ein größerer. Nicht allein durch den bösen Fehlbetrag, sondern durch die größeren Unterstützungsbezüge sieht sich der Vorort gezwungen, die Unterstützungsdauer von 10 auf 6 Wochen herabzusetzen und soll dazu die Genehmigung der auswärtigen Vorortsmitglieder eingeholt werden. — Aufgenommen wird Hermann Rieke-Neuhaldensleben, in einer späteren Sitzung wird die Aufnahme auf Antrag der Lokalstelle Neuhaldensleben wieder rückgängig gemacht. Der betreffende R. war Mitglied des „Berliner“ Verbandes und als solches Kassierer der Zahlstelle Neuhaldensleben. Ihm wurde, nach seiner Angabe, die Kasse (circa 300 Mk.) f. St. in der Versammlung — gestohlen; R. wollte später Unterstützung, die der Vorstand, weil der Diebstahl nicht aufgeklärt, abgelehnt, deswegen schied er f. St. wohl aus unserem Verbands aus. Inwieweit etwa diese Sache, die Lokalstelle R. zu ihrem Antrage, die Aufnahme rückgängig zu machen, beeinflusst hat, können wir natürlich nicht er-messen. — J. Pausch erhält Fahrkosten von Schönwald nach Triptis. Unterstützung erhalten: M. Beucht, Gustav Bayreuther, G. Achtziger, J. Leberer, Chr. Rogler, R. Becker, F. Krauß. Unterm 13. Oktober erhalten Unterstützung: Chr. Fehn. Fahrkosten: J. Krauß von Selb nach Magdeburg, J. Ruhn, J. Rag und Baumann von Selb nach Wiesau. J. Achtziger Umzugskosten von Selb nach Triptis. Unterm 21. Oktober erhält G. Wieland Umzugskosten nach Tillowitz. J. Kästner Fahrkosten nach Waldenburg. Unterstützung erhält Jos. Schreiber-Wiesau. — Die Lokalstelle Selb-Gutschentreuther mußte zur Zahlung

ihrer Reste gemahnt werden und weil dem nicht nachgekommen, erhält sie die letzte 14-tägige Frist unter Androhung der Anwendung § 22 des Statuts.

In der 8. Vorortssitzung wird betreffs des Fehlbetrages berichtet, daß an dem früheren Kassierer Hackbusch nochmalige Aufforderung, die sich mit den Zuschriften der Lokalstellen deckt, ergangen ist. Bezüglich der Herabsetzung der Unterstützungsdauer wird mitgeteilt, daß die sämtlichen auswärtigen Vorortsmitglieder damit einverstanden sind. Aufgenommen werden: Lorenz Künzel-Waldenburg, Dreher, Paul Fender, Frankfurt a. O., Dreher, Georg Pausch-Markt-leuthen, Dreherlehrling. Abgewiesen wird das Aufnahmegesuch von Paul Scherbarth-Krummenaab, hinter dessen in den Listen des „Berliner“ verzeichneten Namen befinden sich ebenfalls diverse Kreuzchen. — Unterstützung erhalten: Franz Woiostedt, J. Mühlhofer, G. Krauß, J. Willander.

Annaburg und Marktredwitz melden, daß die dortigen Lokalstellen sich aufgelöst haben. Sie haben unserer Ansicht nach damit nicht den schlechtesten Theil erwählt. Als neuer Beisitzer wird an Stelle Bayreuther J. Rant erwählt.

Die 9. Vorortssitzung beschäftigt der Fehlbetrag insofern, daß eine Zuschrift von Herrn Hackbusch vorliegt, worin er den Vorschlag macht, von seinem Defizit monatlich 10 Mk. zu decken. In Bezug auf die vorliegenden Zuschriften der Lokalstellen glaubt der Vorort auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu dürfen und soll gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Von Wiesau werden Jul. Frankl, Wenzel Proschka, Franz Hopf, sämtlich Dreher, aufgenommen. Unterstützung erhalten: J. Heise-Leipzig, Maler, R. Heindl-Bohenstrauß. Fahrkosten erhalten: Georg Bayreuther, Wolfg. Baumgärtel von Selb nach Waldenburg. Lokalstellen Rups, Triptis und Neuhaldensleben müssen zur Einsendung ihrer Abschlüsse und Extrabeiträge aufgefordert werden.

10. Vorortssitzung. Der Vorschlag Hackbusch's wird nunmehr angenommen, da laut gerichtlicher Erklärung es 5 Jahre braucht, ehe die Unterschlagung verjährt. Jeden Monat am 1. hat er 10 Mk. zu entrichten, wird der Termin nicht pünktlich eingehalten, soll dem Staatsanwalt die Sache zur Verfolgung übergeben werden. — Ludwig Pfennig und G. Bayreuther erhalten Fahrkosten nach Triptis. Von Passau werden aufgenommen: Alb. Schöninger, Maler, Karl Gropp, Former. Georg Gebhardt-Selb wird wegen hohen Beitragsresten ausgeschlossen.

Der Kassenbericht 3. Quartal weist eine Einnahme (incl. 232,50 Mk. Extrasteuer) von 973,21 Mk. auf, dazu Bestand vom vorigen Quartal 506,74 Mk., in Summa 1479,95 Mk. Die Ausgaben betragen 977,39 Mk., 72 Mk. werden dem Extrafond überwiesen, bleibt Bestand 430,56 Mk. Das Gesamtvermögen beträgt 1045,14 Mk. Mitgliederzahl: 391. Eine Kautions des Kassirers von 1000 Mk. liegt vor. Wie immer die Jahre, so veröffentlichen wir auch diesmal das „Zur gefälligen Kenntniß der Mitglieder“ des Vorortes im Vorlaut, stellt dieses doch gewissermaßen den Extrakt im Verbands der Magdeburg-Selber vor:

„Wie die geschätzten Mitglieder aus dem Bericht über die Vorortssitzung vom 27. September ersehen, war die Verbandsverwaltung infolge unseres ungünstigen Kassenbestandes gezwungen, wegen der f. St. so außer-gewöhnlich hohen Zahl von unterstützungsbedürftigen Mitgliedern eine nach § 30 Abs. b und f gerechtfertigte Einschränkung des Unterstützungssatzes von 10 auf 6 Wochen mit Genehmigung der auswärtigen Vorortsmitglieder (dieses ist erstlich aus dem Sitzungsbericht vom 24. Oktober) bis auf Weiteres einzuführen, um unseren so schwer geschädigten Verband wieder in eine

bessere Vermögenslage zu bringen und den später arbeitslos werdenden Mitgliedern Unterstützungen angedeihen lassen zu können.

Ich erwarte daher die geschätzten Mitglieder, durch diese Einschränkung des Unterstützungslages sich nicht beirren zu lassen, sondern fest und treu zu unserem Verband zu halten und denselben einmütig mit uns wieder aufzurichten, zum Nutzen jedes Einzelnen und zum Besten der Mitglieder.

Nun will ich den allerwichtigsten Punkt unseres Verbandes, die zur Vortreibung des Defizits Hackbusch's von uns angewandten Mittel und Wege und deren Erfolgsnähe klar legen, um in dieser Sache allen Mitgliedern Einsicht zu gestatten.

Wie die geschätzten Mitglieder wiederum aus dem Bericht über die Vorortstzung vom 24. Oktober erfahren, wurde Herrn Hackbusch in dem Sinne der Zuschriften von sämtlichen Lokalstellen eine nochmalige Aufforderung von Seiten meiner Wenigkeit zu Theil, sein Defizit zu decken, oder wir genöthigt seien, gegen ihn Klagen vorzugehen. Diefelbe wurde von Herrn Hackbusch nicht gleich beantwortet, weshalb eine nochmalige Aufforderung an denselben abgefaßt werden mußte. Diese wurde nun unverzüglich beantwortet, wie die Mitglieder aus dem Sitzungsbericht vom 7. November erfahren. Es wurde aber nicht auf seinen Vorschlag eingegangen, da das Angebot zu gering war, um es nach den Zuschriften der Mitglieder anzunehmen. Deshalb wurde beschlossen, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Meine Wenigkeit wurde nun dazu bestimmt, mit einem höheren Gerichtsbeamten in dieser Angelegenheit Rücksprache zu nehmen, die uns, wie die geschätzten Mitglieder aus dem Sitzungsprotokoll vom 21. November erfahren, zu dem Entschluß kommen ließ, das Angebot vorläufig anzunehmen, damit unserem Verband in materieller Hinsicht doch wenigstens etwas geholfen wird, was man durch eine Klage niemals erreichen würde, da Hackbusch ohne Vermögen ist und die anderen Vorortmitglieder nicht herangezogen werden können, so lange Hackbusch die Unterstützung auf sich nimmt.

Unser einziges Ziel, das wir verfolgen, soll sein, dem Verband zu seinem rechtmäßigen Eigenthum zu verhelfen, damit wir bald unseren früheren Unterstützungslage wieder einführen können. Gelingt uns das Bestere nicht, so steht uns der Klageweg noch lange offen. Hackbusch kann aber nicht mehr leisten, als er geboten hat, da er selbiges nur von seinem Verdienst erübrigen muß und will.

Die Verbandsverwaltung giebt sich nun der Hoffnung hin, durch diese Klarlegung den Mitgliedern Entsprachen zu haben und zeichnet

mit kollegialem Gruß

Christian Wätziger, Vorsitzender.

Bemerkt wird seitens des Vorsitzenden noch, daß sich die Mitglieder wegen des Austrittes der Lokalstellen Redwitz und Annaburg nicht zu sehr alteriren sollen, es hätten diese schon lange den Wunsch gehegt, auszutreten.

Wir, die nicht nur ausschließlich organisiert sein wollen, um in Noth gerathene Mitglieder pekuniär zu unterstützen, können diesen Wunsch der beiden früheren Lokalstellen verstehen und können es nur lebhaft begrüßen, daß der Wunsch zur Ausführung gebracht worden ist. Wohl haben auch wir in unserem Verband Unterstützungsrichtungen und dazu bedeutend bessere. Der Porzellanarbeiterverband hat im Verhältnis auch schon auf die Unterstützungseinrichtungen seinen Mitgliedern mehr geboten als die obige Sonderorganisation.

Aber, es sollen diese Unterstützungseinrichtungen doch nur das Mittel zum Zweck sein. Durch den Zusammenschluß recht vieler Berufsleute sollen die Verhältnisse der Porzellaner, die sehr oft unhaltbare sind und unter welchem auch die Selbst'er zu leiden haben, einer Besserung entgegengeführt werden. Kann der Selbst'er mit seinen 391 Mitgliedern auch gegen diese nur das Geringste thun? Nein, im Gegentheil, durch ihre Absonderung erhalten unsere Unternehmer nur Sukkurs zu ihren mancherlei Bedrückungen der Arbeiterschaft. Und lieb wäre es denen freilich, wenn sie ihre Arbeitsplätze nur mit solchen Nur-Unterstützungsverbänden wie die Selbst'er vorstellen, besetzen könnten. Doch glauben wir, wie schon oft, gerade auch zur jetzigen Zeit, behaupten zu können, daß die Macht der Verhältnisse stärker als der vermeintlich gute Wille der Leiter der Sonderorganisation ist und daß über kurz oder lang noch mehr als zwei „Lokalstellen“ den Wunsch hegen werden, sich dem

größeren Heerhaufen und dessen ernsthaften Bestrebungen anschließen zu wollen.

Wir wünschen ja gewiß nicht, daß etwa der Selbst'er noch mehr als bisher in seinen Finanzen durch solche Fälle, wie Wöhler, Hackbusch, angegriffen und dadurch der endgültige Zusammenbruch herbeigeführt werden möge. Solche Vertrauensbrüche haben wir leider ja auch schon gehabt und diese sind immer zu verurtheilen.

Aber die Krise und die noch weiter dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit, das Bestreben der Unternehmer, sich den durch dieselbe hervorgerufenen Pauperismus zu nahe zu machen, die Löhne und alle Arbeitsbedingungen noch auf ein tieferes Niveau herabzudrücken, das wird ohne Zweifel auch fernerhin bewirken, daß der Selbst'er sowohl in seinen Rassen als Mitgliederbestand zurückgeht. Daran wird, denken wir, vorläufig auch die angerufene Hilfe Gottes nichts ändern und viel anderes, als Exorathträge ausschreiben und die Unterstützungslage zu kürzen, wird auch nicht gemacht werden können.

Wenn auch in unserem Verbands ebenfalls die Arbeitslosigkeit seine Wunden schlägt, auf ganz anderen Füßen steht denn die größere Vereinigung doch. — Aber wenn auch wirklich die Klasse noch mehr in Mitleidenschaft gezogen würde, ja, wenn es am Ende unseren vereinten Segnern gelingen sollte, durch brutale Aussperrungen der Organisation Schaden zu bringen, der Gedanke, der die allgemeine moderne Arbeiterbewegung durchglüht und den unsere Sonderbündler nicht haben können, würde über alle Fährnisse auch dann noch hinweghelfen, wenn auch bei uns zu Einschränkungen und außerordentlichen Opfern gegriffen werden müßte, woran vorläufig noch nicht in dieser Weise, wie bei dem Selbst'er, zu denken ist. Der Wunsch der Berufsgenossen im Selbst'er Verbands, wie er nun von einigen Lokalstellen zur Ausführung gebracht worden ist, ist erklärllich und noch manches Mitglied wird ihn hegen. Im Interesse der Kollegenschaft wäre zu wünschen, daß angesichts der ganzen Sachlage im Selbst'er, angesichts der Situation im Erwerbaleben und der dadurch fortschreitenden Herabdrückung der Existenzbedingungen, recht bald eine geeignete Verständigung gesucht und gefunden würde, die Arbeiter, die nun einmal zusammengehören, in eine Organisation zu verbinden. Die Unternehmer sind unbeschadet ihrer oft sehr schroff gegenüberstehenden persönlichen und geschäftlichen Interessen doch immer nur in einer Vereinigung organisiert, einig und zusammengehörig sich betrachtend, wenn es gilt, die Arbeiter zu bekämpfen.

Das müßte für eine Vereinigung das ausschlaggebende Moment sein und nicht die Ehre, eine kleine Unterstützungsorganisation auch nach Schlägen, wie die „Magdeburger“ dem „Selbst'er“ ausgetheilt haben, noch recht lange, am Ende aber immer mit Noth, über Wasser halten zu können. Daß unsere Mitglieder mit uns diesen Wunsch hegen, daran zweifeln wir nicht und es erübrigte sich danach, denselben noch besonders zum Ausdruck zu bringen. Aber die „Selbst'er“ lesen ja, wenn auch nicht regelmäßig und als Abonnent, die Ameise, sie arbeiten ja zumeist in einer Werkstube mit den „Berlinern“. Und deswegen haben wir uns nach dem Auszug aus ihren „Mittheilungen“ noch diese am Schlusse geäußerten Worte erlaubt, mit dem lebhaften Wunsche, diese möchten doch hier und da auf einen guten Boden fallen und eine gute Saat und dementsprechende Ernte bringen.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Ausgesperrt sind noch 157 verheirathete und 37 ledige Glasarbeiter und

folgedessen zu unterstützen. In letzter Nummer des Fachgenossen werden u. N. 8,90 Mk. von den Porzellanarbeitern in Weißwasser quittirt. Adresse: G. Hamann, Berlin SO., Lausigerstr. 26 I.

— Die „Solidarität“ (Wien V/2, Johannagasse 42) theilt mit, daß durch die Umwandlung der Union in gesonderte Branchenverbände von Neujahr eine Wenderung in der Erscheinungsweise stattfindet und zwar erscheint das Blatt vorläufig blos zweimal monatlich, am ersten und dritten Donnerstag.

— Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ hat mit 1. Januar d. J. seinen 40. Jahrgang begonnen. Es ist das älteste Gewerkschaftsorgan. Im nächsten Jahre beginnt die „Ameise“ den 30. Jahrgang und dürfte damit wohl dicht hinter dem Organ der Buchdrucker rangiren.

— Die 11. Generalversammlung des Verbandes deutscher Lederarbeiter findet am 31. März und den darauffolgenden Tagen in Magdeburg statt.

— Eine böse Neujaarsüberrauchung wurde ca. 70 Arbeitern des Schaderschachtes in Zwickau bereitet, sie wurden entlassen, weil der Schacht nach und nach eingeht.

— In Gotha ist am 1. Januar d. J. ein Arbeitersekretariat eröffnet worden. Dasselbe ist für das ganze Herzogthum bestimmt und erhält einen Staatsbeitrag. Das Bureau steht Jedermann offen und werden Auskünfte unentgeltlich erteilt und nöthige Schriftsätze unentgeltlich angefertigt.

— Die Glasmaler und Bleigläser in Berlin (eine freie Vereinigung) haben einen Arbeitsnachweis für Glasmaler, Polmannstr. 33, Berlin errichtet. Derselbe ist für Arbeitnehmer und geber jeden Wochentag außer Sonnabend Abend von 8—9 Uhr und Sonntags Vormittag von 10—11 Uhr geöffnet.

— Der Redakteur des „Steinarbeiter“, Othmar Schmidt, ist an der Berufskrankheit gestorben. In seiner Stelle hat vorläufig D. Gerstenberger die Redaktion übernommen.

— In der Pianofortefabrik von Erbe in Eifenach haben sämtliche Arbeiter gekündigt und sind nun ausgetreten. Unregelmäßige Lohnzahlung und sonstige ungünstige Zustände gaben den Grund zu der Kündigung.

— In Coburg besitzt ein Eisenbahnsekretär ein Haus, in welchem sich eine Wirthschaft befindet, die vom Hauspächter, Brauereibesitzer Grosser, an einen Herrn Stegner verpachtet ist. In dem Lokale hielten Arbeiter Versammlungen ab. Jetzt sind dem Eisenbahnsekretär Vorwürfe gemacht worden, sogar mit Denktentlassung wurde ihm gedroht, weil der Pächter des Lokals es zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben hat. Dem Pächter ist das Lokal nun per 1. Oktober gekündigt worden, und werden wohl bei dieser Fürsorge der Eisenbahnbehörde keine Eisenbahnunfälle mehr vorkommen.

— Die Hamburger Affordmurerangelegenheit hat nunmehr und zwar durch ihren Abschluß gefunden, daß alle jene Maurer, welche es abgelehnt haben, sich dem Zentralverband der Maurer wieder anzuschließen und sich den Beschlüssen desselben zu fügen, von den sozialdemokratischen Vereinen von Hamburg und Wandsbel ausgeschlossen worden sind. Von dem Ausschluß wurden im dritten hamburgischen Wahlkreise betroffen 100, davon waren 50 über drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande und waren somit ohnehin als ausgeschlossen zu betrachten; 9 hatten vorher freiwillig ihren Austritt erklärt. Im zweiten hamburgischen Wahlkreise wurden von dem Ausschluß 4 betroffen, im ersten Wahl-

reise 18 und im Wandsbeker Verein 15; hiervon hatten 8 vorher ihren Austritt erklärt.

Wie verlautet wollen die Akordmurer gegen ihren Partelausschluß beim Parteivorstand Berufung einlegen. Sie werden indeß damit kein Glück mehr haben, denn nach allem Vorgangenen wird auch der Parteivorstand sich inzwischen überzeugt haben, daß diese Leute besser außerhalb der Partei bleiben.

Der Reichsbankpräsident Dr. Koch hat nach der W. Fr. Br. über die Krise u. A. folgendes geäußert:

„Die Situation ist heute jedenfalls besser, als sie vor fünf Monaten gewesen. In einigen industriellen Branchen, namentlich in der Textilindustrie, aber auch in der Seidenfabrikation und verwandten Fabrikationsarten, beginnt ein neuer Aufschwung. Auch habe ich, als ich vor einiger Zeit in Süddeutschland war, in Ulm, Augsburg etc., mehrere Fabriken besucht und habe von deren Leitern gehört, daß sie keine Arbeiter zu entlassen gedenken und überhaupt zufrieden sind. Ähnliches habe ich in den großen Messingwerken in Württemberg gefunden. In der Eisen- und Kohlenindustrie steht es freilich zur Zeit noch weniger günstig aus. Es ist fraglich, ob es den rheinischen Eisenindustriellen gelingen wird, den weiteren Niedergang der Preise zu verhindern. Was die Kohle anlangt, so sollen große Mengen unverkauft in Schlestien lagern.

Aber, wie gesagt, es zeigt sich da und dort, daß die deutsche Industrie guten Muthes weiter arbeitet, und das ist das beste Mittel, die Krisis zu überwinden. Wir in der Reichsbank merken das vor allem daran, daß die Ueberfüllung unfres Portefeuilles mit Wechseln nachläßt. Das beweist, daß die andern Banken wieder Kredit zu geben anfangen. Man darf wohl die Ansicht aussprechen, daß so bedeutende Fallimente, wie wir sie im Sommer erlebt haben, nicht mehr vorkommen werden. Mit jenen Unternehmungen, die immer neue Unternehmungen in die Welt setzen, mit den Gesellschaften, welche Tochtergesellschaften begründen, die ihrerseits womöglich wieder Filialen einrichten, dürfte es für alle Zeiten vorbei sein.

Daß die Krisis eine dauernde Schwächung der deutschen Spar- und Kapitalkraft zur Folge haben wird, möchte ich kaum annehmen. Natürlich ist in den kritischen Zeiten, die wir durchgemacht haben, viel Geld verloren worden, und das will erst wieder eingebracht werden.

Der Staat wird wie bisher die Industrie sich selbst überlassen und wird in die Entwicklung nicht eingreifen. Nur für den Norden sind gewisse staatliche Subventionen in Aussicht genommen, die allerdings den verhältnismäßig geringen Betrag von einer Million nicht übersteigen werden. Diese Subventionen sind aber auch weniger durch die Krise veranlaßt, als vielmehr durch das seit längerer Zeit vorhandene Bestreben des Staates, bei der Industriealisierung jener Landesheile mitzuhelfen.

Der deutsche Kaiser war am ersten Weihnachtsfeiertage auf eine Stunde in Gotha. Selbstverständlich waren dabei Empfangsfestlichkeiten vorgesehen. Das Gothaer „Volkblatt“ berichtet über dieselben und finden wir da auch eine Stelle, die, nachdem zugegeben worden, daß die staatlichen und städtischen Organe die unter solchen Umständen entsprechenden Anordnungen treffen, nicht zu tabeln wären, wie folgt lautet: „Aber was wir aufs Entschiedenste verwerfen müssen, ist der Terrorismus, mit dem die meisten größeren Arbeitgeber ihre Arbeiter zwingen wollten und theilweise auch gezwungen haben, an der Spalierbildung theilzunehmen. In einigen Fabriken hatte sich auf die Aufforderung zur Theilnahme an der Spalierbildung nicht ein Mann gemeldet und auch auf den Listen hatten

sich nur wenige eingetragen. Da erschienen große Plakate mit nicht mißzuverstehenden Andeutungen und wiederholte Aufforderungen, deren Nichtbefolgung üble Folgen nach sich ziehen würden. Da haben sich denn die Arbeiter gefügt, fügen müssen, der Hungerpeitsche fügen müssen. Aber sie haben sich gefügt zähneknirschend, das Herz voller Ingrimm über ihre ohnmächtige, abhängige Stellung den Fabrikpächtern gegenüber, die die Zeiten der Krise so rücksichtslos ausbeuten. Wer giebt denn den Herren das Recht, über ihre Arbeiter in dieser Weise zu verfügen? Woher nehmen die Herren sich das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, was sie in ihren freien Stunden, noch dazu Feiertags, außerhalb der Fabrik zu thun und zu lassen haben? Müssen sich die Herren denn noch immer an, daß sie mit der Arbeitskraft auch die politische Gesinnung ihrer Arbeiter gekauft haben? Wie können sie sich für berechtigt halten, mit ihren Arbeitern vor den höchsten Herrschaften brilliren zu wollen? Wenn ihr Knopsloch gar zu sehr nach Verdrängung schreit, dann mögen sie ihre Verdienste um die Allgemeinheit in anderer Weise geltend machen. In der Zeit des allgemeinen Stimmrechts und der angeblichen Gleichheit vor dem Gesetz ist die politische Vergewaltigung der Arbeiter ein Unfug, eine dreiste Annäherung, die nicht scharf genug zurückgewiesen und gebrandmarkt werden kann. Was würden die Herren Fabrikbesitzer sagen, wenn ihre Arbeiter in guten Zeiten, wo sie ihnen unentbehrlich sind, sie (die Herren) zwingen wollten an der Maifeier oder sonst einem Arbeiterfest theilzunehmen? Sie würden über unerträglichen Terrorismus, über eine schändliche Vergewaltigung der persönlichen Freiheit hinausschreien. Und das mit Recht; wir würden ihnen beistimmen. Thun sie aber etwas anders ihren Arbeitern gegenüber, wenn sie sie zwingen, sich an offiziellen Demonstrationen zu betheiligen, denen sie am liebsten aus dem Wege gehen? Wir protestiren gegen diesen Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht. Die Arbeiter werden gut thun, sich an diesem Beispiel einmal recht klar zu machen, wie wenig trotz allen Gesetzesbestimmungen die persönliche Freiheit geschützt ist ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die nur in der sozialistischen Gesellschaft garantiert werden kann. Die feudalen Fesseln des Mittelalters sind zersprengt, aber sie sind vollkommen ersetzt durch die ehernen, wenn auch unsichtbaren Ketten der wirtschaftlichen Abhängigkeit, unter der neunundneunzig Hundertstel aller Menschen im Zeitalter des Kapitalismus schmachten.“

Bekanntlich sind in Gotha mehrere Porzellanfabriken, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen. Wir denken natürlich gar nicht daran, daß etwa in den Porzellanfabriken auf die Arbeiter irgend ein Zwang ausgeübt worden ist. Oder doch?

Der dritte belgische Gewerkschaftskongreß wurde am 15. und 16. Dezember in Brüssel abgehalten; vertreten durch Delegirte waren 192 Gewerkschaften und Gruppen. Dem Bericht des Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission ist zu entnehmen: 1900 betrug die Zahl der organisirten Arbeiter, die an das Komitee angeschlossen sind, 62 251, im Jahre 1901 84 896. Die im Laufe dieses Jahres auch in Belgien hereingebrochene Krisis hat den Mitgliederstand der Gewerkschaften sehr ungünstig beeinflusst. Die Gewerkschaften haben vielfach gute Bibliotheken; die der Weber von Gent enthält 3000 Bände. Ihren Beitrag erhöht haben 28 Verbände; 6 haben ihn herabgesetzt. 13 Gewerkschaften haben einen fest angestellten Sekretär. Es wurde die Erhöhung der Quartalsbeiträge an

das Generalkomitee von 2 auf 5 Centimes pro Mitglied vorgenommen.

Eine Umfrage ergab, daß 47 Verbände gegen, nur einer für die Akordarbeit sich aussprachen. Der Kongreß nahm eine Resolution an, in welcher die Akordarbeit bekämpft wird, da sie zu Zerwürfissen zwischen Arbeitern führe, lange Arbeitszeiten und Herabdrückung der Löhne zur Folge habe. Die Gewerkschaften werden verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß überall die Bezahlung nach Stunden oder Tagen durchgeführt werde. Der Kongreß sprach sich in einer Resolution gegen die Heimarbeit aus.

Nach einem Referat über die Gefängnisarbeit von Gustav Ernst wurden folgende Beschlüsse angenommen: Seitens der Gewerkschaften sind in allen Städten Kommissionen zu wählen, welche alles Material, betreffend die Gefängnisarbeit sammeln. In der Presse und in Versammlungen ist gegen die Gefängnisarbeit zu agitiren. Es ist ein Gesetz anzustreben, durch welches Tarife für Gefängnisarbeit festgelegt werden. Herbeizuführen ist die Abschaffung der großen Werkstätten in den Gefängnissen. Bertrand bringt einen Zusatzantrag ein, nach welchem das Generalkomitee beauftragt wird, eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in den Klöstern und anderen religiösen Instituten, wo unter dem Vorgeben des gewerblichen Unterrichts eine trasse Ausbeutung betrieben wird, zu veranstalten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird als die notwendigste Reform erklärt. Der Kongreß beschließt: Die lokalen, nationalen und internationalen Organisationen haben ständig für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.

Angenommen wird ein Beschluß, wonach die Gewerkschaften verpflichtet sind, Sektionen für Lehrlinge zu gründen. Auch beschäftigte sich der Kongreß mit der Erziehungsfrage und beschloß, für den obligatorischen Schulunterricht vom 7.—14. Jahre für Kinder und für Fortbildungsschulunterricht vom 14.—18. Lebensjahre einzutreten. Der Staat hat für ausreichende Beköstigung und Bekleidung der Kinder armer Eltern zu sorgen.

Vom internationalen Sekretariat der Bildhauer (Sitz Berlin) liegt eine Resolution vor, in welcher die belgischen Genossen aufgefordert werden, die Holzarbeiter, besonders die Holzbildhauer in Belgien zu organisiren, damit deren die englischen Berufskollegen schädigende Konkurrenz beseitigt werde. Den Schluß des Kongresses bildete die Annahme einer Resolution zu Gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Wirtschaftliche Rundschau. Das Jahr 1900 geht so zu Ende, wie es die pessimistischen Beobachter vorausgesagt haben; der Optimismus, der jeden Augenblick wieder einen Umschlag zum Besseren sich ankündigen sah, wagt sich überhaupt in der Öffentlichkeit nicht mehr hervor. Nirgends ist eine Spur von Erholung zu entdecken, dagegen haben sich die Zeichen des Fortschreitens der Abwärtsbewegung beständig vermehrt. Aber wird der erreichte Tiefpunkt des Jahres 1900 auch der Tiefpunkt der Krisenperiode überhaupt sein?

Daß in sachkundigen Kapitalistenkreisen die Zweifel daran stärker sind wie als Glaube, beweisen die Beschlüsse der maßgebenden Instanzen des Kohlenpaktats. Nachdem am 24. Oktober der Beirath sich für eine Herabsetzung der „Nichtpreise“ vom 1. April 1902 ab, ausgesprochen hatte, hat nunmehr am 19. Dezember auch die Generalversammlung dem Beirath zugestimmt. Die Fördereinschränkung soll dabei, wie zuletzt, 20 pCt. bleiben; indeß war die Furcht vor einer preisdrückenden Ueberproduktion offenbar im Wachsen: die Höhe der Abgabe für Mehrförderung (bezw. die Entschädigung für Minderförderung) wurde für 1902 von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Aus dem Vorstandsbericht ergab sich ein fortgesetztes Wachsen des Abstandes zwischen Produktionsfähigkeit (Betheiligung) und Förderung sowohl wie zwischen Förderung und Verkauf — das heißt mit anderen Worten: die beschlossene Fördereinschränkung, die früher wesentlich nur auf dem Papier stand, wird

immer mehr zur Thatsache, aber trotzdem nimmt der Absatz die Produktionsmengen immer stockender und widerwilliger auf.

Wir greifen aus dem Bericht die Gesamtziffern vom 1. Januar bis 30. November heraus. In dieser Periode wuchs, durch die Erweiterung der alten Betriebe und durch Hinzutritt neuer Gruben, die „Beihilgung“ (die rechnerisch zu Grunde gelegte Produktionsfähigkeit) von 50 139 671 Tonnen im Jahre 1900 auf 52 488 784 Tonnen im Jahre 1901. Die wirkliche Förderung ging jedoch gleichzeitig zurück von 47 844 423 Tonnen auf 46 405 940 Tonnen. Die Förderung blieb also hinter der Produktionsfähigkeit zurück: 1900 um 4,58 pCt., 1901 dagegen bereits um 11,59 pCt., und zwar im Durchschnitt der elf Monate bis Ende November.

Das ist sicherlich schon ein für den Profit verhängnisvoller Umschwung; die zuletzt verfloßenen Monate stehen jedoch tief unter dem Durchschnitt. Der November 1901 hatte z. B. eine „Minderförderung“ von 12 1/4 pCt., der November 1900 dagegen sogar noch eine Ueberförderung, wenn auch nur in dem geringen Maße von 0,57 pCt. Auf den Arbeitstag berechnet, stieg die rechnerische Beihilgungsziffer gegen November v. J. um 9957 To. = 5,40 pCt.; die Förderung fiel dagegen um 14 918 To. = 8,04 pCt. Abgesetzt wurden 4 140 816 To. = arbeitsmäßig 170 755 To., gegen November vorigen Jahres weniger 15 425 To. = 8,28 pCt., Versendet wurden (durchschnittlich pro Arbeitstag) im November 1901 weniger als im November 1900: Kohlen 5,33 pCt., Roaß 21,61 pCt., Britzells 7,23 pCt., in allen drei Klassen 8,11 pCt.

Solche Zahlen müssen den Hochmuth der Syndikatschergen dämpfen, und wenn ihre Nachgiebigkeit bisher auch sehr unwesentlich war, vor Allem der Hoheisenindustrie in keiner Weise genügt, so scheint sich doch eine weitere Erschütterung der Syndikatspolitik anzubahnen. Wenn man eine Betrachtung der „Rheinischen Zeitung“ für symptomatisch halten darf, so wäre eine starke Gegenströmung gegen die bisher einflussreichsten Persönlichkeiten vorhanden. Die „Rhein. Ztg.“, sonst eine warme Fürsprecherin der kapitalistischen Syndikate, schließt ihren Artikel mit den Sätzen: „So lange dieser Zustand andauert, wird auch die Ungewißheit der wirtschaftlichen Gesamtlage dauern und die Kohlenzehen werden sich darüber klar sein müssen, daß diejenigen Preisermäßigungen, die noch vor Kurzem ausreichend und den Verhältnissen entsprechend befunden worden waren, späterhin nicht mehr genügen. Wenn aus diesen Vorgängen auch in den nächsten Kreisen, die letzten für das starre Festhalten an den alten Preisen für Kohlen und Roaß eintraten und die somit die Schuld an der augenblicklichen Lage in erster Linie trifft, die Lehre gezogen wird, daß in den großen wirtschaftlichen Organisationen der Neuzeit die Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl (!) ebenfalls eine ausschlaggebende Rolle spielen muß, so werden die jetzt begangenen Fehler wenigstens eine heilsame, erzieherische Wirkung ausüben und sich zu ähnlichen Lagen nicht mehr wiederholen.“ — Das Gemeinwohl wird den Syndikatsleitern wohl kaum besonders imponieren, aber die harte Sprache der ökonomischen Thatsachen, die zunehmende Spannung zwischen Produktionsfähigkeit, wirklicher Förderung und möglichem Absatz wird den Hochmuth zähmen.

Sehr ins Gewicht wird dabei fallen, daß allgemein eine weitere Verleugung der Hoheisenerzeugung erwartet und zur Heilung der schwerkranken Eisenindustrie sogar immer dringender verlangt wird.

Bisher scheint man hier noch manche Hoffnung auf eine Forcierung der Ausfuhr gesetzt zu haben. Doch diese Hoffnungen werden mehr und mehr zu Schanden, je tiefer die Krise ihre Furchen auch im Ausland zieht, je stärker das Ausland infolgedessen seine Bezüge einschränkt oder selber seine Ueberflüsse um jeden Preis nach außen abfließt. Trotz aller Ausfuhrunterstützungen häufen sich so die Vorräte an allen Ecken. Der Beschluß des Hoheisensyndikats (vom Ende Dezember), für das nächste Jahr die Ausfuhrvergütung für verarbeitetes Puddel- und Stabeisen nicht mehr zu gewähren, hat vielleicht mit einem Verzicht auf die bisherige Ausfuhrpolitik nichts zu thun, man vermutet, daß hier nur eine andere Theilung der Last zwischen Hoheisen- und Kohlsyndikat und Halbzeugverband im Gange sei. Aber weiter hat sich das Hoheisensyndikat entschließen müssen, seine Preise offiziell für Puddel- und Stabeisen von 90 auf 60 und von 92 auf 62 Mark für das nächste Jahr herabzubringen. „Die (bisherige) Mindererzeugung erscheint durchaus ungenügend, um eine einschneidende Besserung in der Marktlage herbeizuführen.“

Trotzdem zeigen die vor einigen Tagen veröffentlichten statistischen Ermittlungen des „Verbands deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ bereits ein ganz anderes Bild als im Vorjahre. Im Monat November 1901 belief sich danach die Hoheisenproduktion des deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) auf 627 356 Tonnen; darunter Puddelroheisen und Spießeisen 100 686 Tonnen, Bessmerroheisen 32 737 Tonnen, Thomasroheisen 368 872 Tonnen, Gießereiroheisen 125 061 Tonnen. Die Produktion im Oktober 1901 betrug 645 127 Tonnen, im November 1900 710 018 Tonnen. Vom 1. Januar bis 30. November 1901 wurden produziert 7 144 342 Tonnen gegen 7 702 052 Tonnen im

gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Produktion hat somit gegenüber dem Vormonat einen weiteren Rückgang um 17 771 Tonnen oder um 2 3/4 pCt. erfahren. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres beträgt der Rückgang 82 662 Tonnen oder 11,65 pCt. und für die ersten elf Monate dieses Jahres 557 710 Tonnen oder 7 1/4 pCt. Das ist an sich schon recht beträchtlich, in dem hat es bei Weitem nicht ausgereicht, den Abgrund zwischen Erzeugung und Absatz zu schließen.

Derselbe Widerspruch hat im Anfang Dezember auch zu einem vollständigen Zusammenbruch des Kupfermarktes geführt.

Es ist bekannt, wie das relativ seltene, örtlich konzentrierte Vorkommen des Kupfers immer wieder wuchernde Ringbildungen erleichtert hat. Die Kupfermohle von 1887/88 mit den daran sich knüpfenden erzeugten Auseinandersetzungen (vor Allem in den französischen Rammern) wird manchem Leser noch im Gedächtnis sein. Diesmal erleichterte die rapid steigende industrielle Nachfrage — man denke nur an den Bedarf der blühenden Elektrizitätsindustrie — die Preistreiber noch ganz ausnahmsweise. An der Spitze stand eine amerikanische Etique, die einen starken Rückhalt an den unvermeidlichen Vorräten hatte. Die Vorräte in Europa wurden ständig so niedrig gehalten, daß die Verbraucher nur von der Hand in den Mund lebten; zeitweilig lenkte man sogar beträchtliche Mengen des Metalls von Europa nach Amerika und in die Schmelzwerke des Ringes zurück. So wurden nach der „Woll. Ztg.“ im Jahre 1899 9888 Tonnen, im Jahre 1900 4699 To., 1901 bisher 6971 Tonnen Standard-Kupfer aus den Lagerhäusern von Liverpool-Swansea nach Amerika verladen.

Vorräte lassen sich natürlich sehr leicht zurückhalten und sogar noch weiter vermehren, so lange die Preissteigerung anzuhalten scheint; jeder eingelagerten Tonne wächst mit jeder Woche nur noch ein Stück Wert zu. Umgekehrt jedoch bei rückläufiger Konjunktur; mit jeder Woche wächst der Verlust an jeder Mengeneinheit. Der Krach in der Elektrizitätsindustrie, der jähre Absturz in der Nachfrage nach Kupfer (vor Allem auch seitens Deutschlands) hätte nur durch eine Maßnahme parirt werden können: durch eine allgemeine internationale Produktionsverminderung, für welche die Amalgamated Copper-Compagny jedoch nicht die genügenden Bundesgenossen fand. Selbst in Amerika gab es Minengruppen, denen die Verlegenheiten des Ringes nur willkommen waren, und die auch durch Drohungen mit Schuldverfäulnis nicht müde zu kriegen waren. Die europäischen Minengesellschaften wünschten vollends kein Abkommen, bei dem lediglich der Ring seine großen Vorräte zu annehmbaren Preisen hätte abstoßen können. Die Rio Tinto-Mine (Spanien), die anfangs als Bundesgenosse des Ringes hingestellt wurde, hat in sehr bestimmter Weise das Bestehen irgend welchen Abkommens abgelehnt; aus Spanien und Portugal sind in der That im Oktober die bisher größten Monatsmengen an den Markt gelangt. So sank der Londoner Kupferpreis rasch, am 4. Dezember hatte er bereits den niedrigsten Stand seit 1898 (54 Lstr. 17 sh 6 d) erreicht. Am 19. Dezember notirte das Kupfer in London 49 3/4 Lstr.

Ganz undenkbar wäre es nicht, daß der Ring durch vorübergehendes Preisrückgehen die „Nutenleiter“ zur Unterwerfung und zum Anschluß zwingen wolle. In dem scheint die ganze Marktlage dieser Vermuthung zu widersprechen. Bei den jetzigen Absatzverhältnissen wird die Jahresüberproduktion auf 45 000 Tonnen geschätzt. Grund genug, um unter Hinzutritt außerordentlicher Vorräte aus der Vergangenheit den Markt vollständig zu zerrütten.

Dagegen bestätigt die soeben vom Germanischen Lloyd gelieferte Uebersicht über die Beschäftigung der Schiffsbauwerften durchaus das in der letzten Rundschau gegebene günstige Bild: Bei der notwendigen Vorausbestellung auf lange Fristen hat das Darniederliegen des Schiffsbaugeschäftes noch keinerlei Wirkung auf den Schiffsbau ausüben können.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd wurden in den letzten drei Jahren für deutsche Rechnung auf den Werften des In- und Auslandes gebaut:

1899	729 421	Brutto-Registertons
1900	763 284	desgl.
1901	840 408	desgl.

In diesen Zahlen sind die auf deutschen Privatwerften im Bau befindlichen Kriegsschiffe mit einbezogen. Die bei Weitem größere Tonnenzahl fällt natürlich auf Dampfschiffe, nämlich:

1899	662 683	Brutto-Registertons
1900	700 848	desgl.
1901	761 717	desgl.

Von diesen Dampfschiffen sind Rauffahrtsschiffe, welche als Seeschiffe in die Schiffsregister eingetragen sind:

1899	543 368	Brutto-Registertons
1900	584 493	desgl.
1901	623 934	desgl.

Nur ungefähr die Hälfte der im Jahre 1901 im Bau befindlichen Schiffe ist bereits an die Besteller ab-

geliefert worden. In der Fertigstellung der anderen Schiffe wird noch gearbeitet.

Die deutschen Schiffsbauwerften gehen mit folgenden Beträgen in das neue Jahr hinein:

mit 142 Dampfern, deren Tonnenzahl zu schätzen ist auf 317 080 Brutto-Tons,
mit 94 Segelschiffen, deren Tonnenzahl zu schätzen ist auf 30 190 Brutto-Tons.

Die deutschen Schiffsbauwerften sind nicht im Stande gewesen, den deutschen Bedarf zu decken, denn es waren auf ausländische Werften für deutsche Rechnung in Auftrag gegeben:

1899	136 336	Brutto-Registertons
1900	149 690	desgl.
1901	201 435	desgl.

Dagegen haben deutsche Werften für das Ausland im Auftrag gehabt:

1899	80 073	Brutto-Registertons
1900	88 323	desgl.
1901	73 666	desgl.

Dagegen hatte man die Börsenbewertung der beiden größten deutschen Rheederen:

	Dezbr. 1900	Dezbr. 1901
Samburger Packfahrt	131,—	107,75
Norddeutscher Lloyd	118,50	104,25

Mit der Zeit muß jedoch auch der Rückschlag auf den Schiffsbau eintreten.

Nur langsam und zögernd entschließen sich Reich, Staat und Gemeinde zur rascheren und umfassenderen Ausführung ihrer projektierten Neubauten, Umgestaltungen und sonstigen Anlagen, obwohl es vom Standpunkte der öffentlichen finanziellen Interessen gar nichts Zweckmäßigeres geben kann: man kann mit wesentlich niedrigeren Produktionskosten auskommen und spart zudem die kommunalen Armenbudgets vor dem Ansturm der Arbeitslosigkeit. Aber der bürokratische Topf, die geistige Unbeweglichkeit der meisten Verwaltung, die mangelnde Sympathie für die mischete und misliebige Arbeiterklasse, die einseitige Zusammensetzung der entscheidenden Instanzen leisten den immer entscheidener und allgemeiner erhobenen Forderungen der Arbeiter und ihrer Organisationen einen zähen, schwer überwindbaren Widerstand. In der Berliner Stadtvertretung vermisst der freisinnige Magistratsvertreter noch immer den „Beweis“ eines weit verbreiteten Nothstandes. Und wenn demnächst im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation über den Nothstand zur Erörterung stehen wird, so wird man auf bürgerlicher Seite wahrscheinlich ebenfalls triumphierend auf eine Anzahl von Arbeitern hinweisen, die noch nicht am Hungern sind!

In dem scheint sich auch manche Wendung zum Besseren zu zeigen. Die Staatsbahnverwaltungen — gerade auch der finanziell bedrängteren Mittelstaaten — scheinen ein Paar darin gefunden zu haben, alle Bauten und Bestellungen in die theueren Jahre der Hausse zusammenzudrängen. Die Gemeinden sind lange Zeit vor Anleihen zurückgeschreckt, weil die festverzinslichen Werthe unter der Konkurrenz der Industrieaktien und der fetten Industriebildenden litten und nur zu sehr niedrigem Kurse an den Mann zu bringen waren. Das Alles hat sich geändert: das Publikum, soweit es noch über Geld zur Anlage verfügt, flieht die „spekulativen Werthe“ wie die Pest und sucht den sicheren Hafen der öffentlichen Anleihen mit Vorliebe wieder auf. Der Zinsfuß ist allgemein herabgegangen, so daß man ein 3 1/2- oder 3-prozentiges Rentenpapier heute wesentlich anders zu schätzen weiß. Es ist also die denkbar günstigste Zeit, durch Kapitalheranziehung auf dem Anleiheweg größere öffentliche Arbeiten auszuführen.

Ueber den Umfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sicheres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Erörterungen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. „Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen ertheilte königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich anerkannten Erfordernisse der Kreis- und Stadtgemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisrückgang vieler industrieller Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorthellhaft erscheinen läßt. Für die Begebung solcher Anlagewerthe ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. B. vorthellhafter als seit vielen Jahren. Eine Hochfluth kommunaler Anleihen im kommenden Frühjahr ist demnach keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Uebergreifens der kommunalen Thätigkeit in den Bereich des Privatkapitals zeteren konnte, das jedoch mit einem Male „municipal-sozialistische“ Anwendungen zeigt, seitdem das Privatkapital allzu eingeschüchtert und und kräftlos ist, um den Hintermännern des Blattes sobald große Bestellungen versprechen zu können. Forderte doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energischem Wohnungs-

bau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolisten bekanntlich als Untergrabung der bestehenden Erwerbsordnung erscheint.

Ueber die Haltung des Privatkapitals in der Baubranche bringt der bereits erschienene Jahresbericht des „Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekendarsteller“ einige sehr interessante Hinweise.

Danach sind die verheerenden Folgen des Pfandbriefkrachs allmählich in der zweiten Hälfte von 1901 überwunden worden. Die Pfandbriefbewertung hat sich nach der ersten Panik wieder erholt. Die Hypothekendarsteller sind durch die Wiedererhöhung ihrer Pfandbriefkurse von einem Abdruck befreit und können günstigere Bedingungen stellen. Das Baugewerbe ist wieder in Gang gekommen, wenn man erklärlicherweise auch große Vorsicht und Strenge bezüglich der Solvenz der Bauherren obwalten läßt. Auch kleine Rentner, die früher an der Börse ihr Glück versuchten, sollen sich stärker dem Erwerb von Grundstücken und Neubauten zugewendet haben.

So weit wäre also eine gewisse Besserung festzustellen und einzelne Erfahrungen der beteiligten Arbeiterkreise sprechen auch dafür. Auf der anderen Seite stehen jedoch zwei niederdrückende Faktoren: die starke Einschränkung des Wohnungsaufwandes, vor allem seitens der wirtschaftlich bedrängten Arbeitermassen und weiter die vollständige Stokung in den Fabrikbauten, die in den Jahren des Aufschwunges gewichtig in die Waagschale fielen. Selbst wo der Fabrikunternehmer noch haultuig geblieben ist, ziehen sich die Banken und sonstige Geldgeber von der Beleihung zurück: „ungemein schwierig gestaltete sich die Unterbringung von reinen Industriehypotheken.“

Die „Arbeitsmarkt-Rott“ schreibt über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat November:

„Die fortgesetzte Knappheit an Beschäftigung hat im November in den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands die Zahl der Arbeitsuchenden noch weit über die hohe Ziffer des Oktober hinaus, wo auf eine offene Stelle doch auch schon zwei Bewerber kamen, vermehrt. Auf 100 offene Stellen kamen im November 223,9 Arbeitsuchende. Im November vorigen Jahres war die Vergleichsziffer 169,3. Gegenüber dem Vorjahre ist an den Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, die Zahl der offenen Stellen um 2277 gefallen, die der Arbeitsuchenden dagegen um 12447 gestiegen. Wenn gleich sich in diesen Zahlen auch nicht etwa das wirkliche Verhältnis am „offenen Markt“ ausdrückt, sondern nur die gesteigerte Intensität des Suchens nach Arbeit, so ist doch auch diese ein Zeichen für die Lage des städtischen und insbesondere des großstädtischen Arbeitsmarktes. Die Zahl der Beschäftigten nach den Mitgliedslisten der Krankenkassen ging im Laufe des Monats um ein volles Prozent zurück, während sie in dem entsprechenden Monat des Vorjahres sich auf unveränderter Höhe erhalten hatte. Besonders stark war die Abnahme der Beschäftigten in Stuttgart (— 2,5 v. H.), München (3,6 v. H.), Mannheim (— 4,6 v. H.)“

Auch die Berichterstattung des englischen Arbeitsamtes — wohl die zuverlässigste Berichterstattung überhaupt — verzeichnet für den Monat November ein Abwärtsgehen im Maschinen- und Schiffsbau und in den Bauhandwerken. In den berichtenden 142 Trade Unions mit 545 832 Mitgliedern stieg die Zahl der Unbeschäftigten zwischen Ende Oktober und November von 3,7 auf 3,8 pCt. (gegen 3,2 pCt. im November des Vorjahres, für den 138 Unions mit 539 175 Mitgliedern Mitteilungen einliefen).

Berlin, 28. Dezbr. 1901.

Max Schippel.

Versammlungsberichte etc.

Fürstberg (Ober). Am 21. Dezember tagte die diesjährige letzte Zahlstellen-Versammlung, welche von sämtlichen (7) Mitgliedern besucht war. Die Tagesordnung war dementsprechend eine ziemlich reichhaltige. Als 1. Punkt wurden die Beiträge eintrassiert. Zum 2. Punkt gelangten die Berichte der Funktionäre zur Kenntnis. Nach Besetzung der Mitgliederliste ist der Versammlungsbesuch ein reger zu nennen und die Mitglieder erfreuen sich der Errungenschaften durch die Organisation. Insbesondere ist der Bericht des Kassierers mit Befriedigung aufgenommen worden. Dem Kassier wurde nach dem Bericht der Revisoren Decharge erteilt. Die Verwaltungswahl wurde erledigt. Im 3. Punkt wurde die Mitglieder-Abstimmung in Beratung gezogen. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Bei Frage 1 stimmten 7 Mitglieder mit ja, bei den Fragen 2 und 3 stimmten 7 Mitglieder mit nein und bei den Fragen 4 und 5 stimmten 7 Mitglieder mit ja. In dieser Angelegenheit ist nach den Ausführungen sämtlicher Redner die Tätigkeit des Schiedsgerichts in der Angelegenheit, Bey und Mitglieder-Abstimmung eine verwerfliche und schädigende. Das Schiedsgericht selbst in der gegenwärtigen Form überhaupt für derzeitige Verhältnisse in unserer Organisation kein nützliches Institut. Des Weiteren wurde der Antrag Sieber-Kamenz (Vertrauensmänner-Konferenz zu Dresden) als ein nur zu berechtigter bezeichnet und wir hoffen, daß von Seiten

des Hauptvorstandes baldigst Mittel und Wege gefunden werden, um Abhilfe dieser betrefsenden Zustände zu schaffen. Wir richten an alle dabei in Betracht kommende Kollegen den Appell, sich an dieser Sache regen zu beteiligen. Für die in Coburg sich ohne Lokal befindenden 16 Gewerkschaften wurden 3 Mk. aus unserem Extrafond bewilligt.

Fürstberg (Weser). Unter recht zahlreicher Beteiligung seitens der Mitglieder feierte in würdiger Weise die hiesige Zahlstelle am Sylvester ihr Stiftungsfest. Für eine gute Unterhaltung war bestens gesorgt, und ernteten die zur Ausführung gelangten Vorträge reichen Beifall. Der darauf folgende Ball hielt die Versammelten ohne jeglichen Mißton bis in den Morgen hinein in bester Harmonie zusammen. Allen denen, die zur Verschönerung des Festes beizutragen, sei hiermit der beste Dank ausgesprochen mit der Hoffnung, nächstes Jahr ebenfalls ein Fest der Arbeit feiern zu können.

Kolmar i. Moser. Die Zahlstelle war seit langer Zeit auch wieder einmal in der Lage, eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung abhalten zu können und zwar kam Gen. Poesenecker im Auftrage der Agitationskommission um über das Thema: „Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgabe der Gewerkschaften“ zu referieren. Vor Beginn der Versammlung sprach Gen. Poesenecker der Verwaltung sein Bedauern darüber aus, daß die Zahlstelle seit ca. 1 Jahre keinen Vertrauensmann besitzt und auch so wenig Berichte von hier eingehen; er hofft, daß die Zahlstelle in kurzer Zeit das Verfallene nachholen wird. Die Versammlung wurde um 5 1/2 Uhr eröffnet. Es hatten sich ca. 150 Zuhörer eingefunden, die meisten davon unorganisierte, auch viele anderen Berufs. Mitglieder waren wie bei jeder anderen Versammlung sehr wenig zu sehen, und wird sich Gen. Poesenecker nicht wundern brauchen, daß sein Vortrag so wenig Erfolg hatte, denn es fehlt den meisten Mitgliedern das Interesse an Verbänden. Redner beleuchtete in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage die traurige Lage des Arbeiters und konnte durch Zahlen nachweisen, wie in einzelnen Staaten der Arbeiter vom Unternehmer ausgebeutet wird, daß sein Verdienst in keinem Verhältnis zu dem Profit des letzteren steht. Er zeigte den Anwesenden, wie sie nur durch Zusammenhalt ihre Lage verbessern könnten und führte ihnen den Wert der Organisation vor Augen. Ferner schilderte Genosse Poesenecker auch, wie so mancher Grobian für unnütze Vereine ausgegeben wird und viele der Arbeiter sich vor der Organisation resp. den kleinen Beiträgen fürchten. Gerade jetzt aber bei dieser schlechten Zeit zeige es sich, welchen Wert die Organisation habe. Weiteres hier anzuführen wäre wohl auch nicht nötig, da schon viele Berichte desselben Themas veröffentlicht worden sind. Der reiche Beifall, welcher dem Redner spendet wurde, zeigte ihm, daß die hiesigen Arbeiter auch nicht ganz taub sind, jedoch ist der schwache Erfolg auch ein Beweis, daß in Kolmar noch viel zu thun ist.

Mosser. Die Zahlstelle hat in ihrer letzten Versammlung das Verhalten des Schiedsgerichts aufs Entschiedenste verurteilt wegen seiner Stellungnahme und Ausschreibung der letzten Mitglieder-Abstimmung. Würde diese im Sinne des Schiedsgerichts ausfallen, so würde dies die gesamte Organisation schädigen.

Wortheim. Die Versammlung vom 19. Dezember im „Stuttgarter Hof“ war von 21 Mitgliedern besucht. Die Neuwahl der Verwaltung wurde in üblicher Weise vorgenommen. Bei Punkt Mitglieder-Abstimmung entspann sich eine längere Debatte. Das Vorgehen des Schiedsgerichts wurde aufs Schärfste verurteilt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Frage 1 wird mit 21 Stimmen bejaht; Fragen 2 und 3 werden mit 21 Stimmen verneint; Fragen 4 und 5 werden mit 21 Stimmen bejaht. Es wurde gewünscht, daß die nächste General-Versammlung Mittel und Wege finde, um in Zukunft solche Dinge, welche dem Verbände nur schaden, unmöglich zu machen. Anerkannt wurde, daß der Vorstand zur Erhebung der Extrabeiträge durch die Macht der Verhältnisse gezwungen war und nicht anders handeln konnte. Aber neun Beutel der Mitglieder haben durch die Zahlung der Extrabeiträge bewiesen, daß sie Interesse an der Organisation haben. Durch die vom Schiedsgericht herausgeschworene Mitglieder-Abstimmung wird in unverantwortlicher Weise von Neuem Aufregung und Zwietracht unter die Mitglieder gebracht. Wenn es mit einer geistlichen Fortentwicklung unserer Organisation ernst ist, mag so abstimmen wie unsere Zahlstelle. Lokalfrage betreffend wurde beschlossen, den „Stuttgarter Hof“ als Versammlungsort zu belassen. Monatsversammlung soll jeden letzten Donnerstag im Monat stattfinden. Der Vorsitzende ersucht, das Lokal für die Zukunft besser zu frequentieren und in den Zahlstellen-Versammlungen pünktlicher und zahlreicher zu erscheinen als im vorigen Jahre.

Rudolstadt-Volkstedt. In einer der letzten Zahlstellen-Versammlungen wurde beschlossen, schon jetzt Anträge für die nächste General-Versammlung zu stellen, welche in den nächsten Versammlungen besprochen werden können und durch Bekanntgabe in der „Amelie“ den anderen Zahlstellen Gelegenheit gegeben wird, dazu Stellung zu nehmen. Es werden dieselben ersucht, gleichfalls schon jetzt Anträge zu stellen und zu veröffentlichen, damit über diese ebenfalls diskutiert werden kann und dadurch verhütet wird, daß auf der General-

Versammlung unüberlegte Beschlüsse gefaßt werden, die kurze Zeit darauf wieder durch Mitglieder-Abstimmung annulliert werden. Gleichzeitig wurde auch über den Rückgang der Mitgliederziffer im Beihilfefond diskutiert. Es wurde bedauert, daß die Mitglieder dem Beihilfefond so wenig Beachtung schenken. Nicht mit Unrecht wurde hervorgehoben, daß der Beihilfefond wohl das beste Bindemittel ist, um die Mitglieder an die Organisation zu ketten. Gleichzeitig sind auch unsere Beihilfefondmitglieder die pünktlichsten Beitragszahler mit, so war die Einnahme von 275 Mitgliedern im Verband am 27. November 191 Mark, wohingegen dieselbe im Beihilfefond bei 72 Mitgliedern 106 Mark betrug und am 31. Dezember im Verband 400 Mark und im Beihilfefond 225 Mark. Rechnet man die gezahlten Verbandsbeiträge der 72 Mitglieder im Verband ab, so ergibt sich, daß die anderen 200 Mitglieder kaum über 200 Mark Beiträge bis zum 31. Dezember bezahlt haben. Die Zahlstelle wird auch für den Beihilfefond Anträge stellen und ist nur zu wünschen, daß die nächste General-Versammlung sich mehr mit demselben beschäftigt wie die vorhergehenden und den Beihilfefond nicht nur als ein Ueberbleibsel aus Hirsch-Dunderscher Zeit ansieht, womit man sich nicht gern beschäftigt. Stammen doch unsere meisten Einrichtungen im Verband aus jener Zeit und ist man doch, wo man dieser Einrichtung keine Beachtung geschenkt hat, weit über die vergangene Hirsch-Dundersche Zeit hinausgegangen. Wir hoffen, daß durch rechtzeitige Stellung von Anträgen und durch rege Diskussion derselben, die nächste General-Versammlung Mittel und Wege finden werde, damit der Verband wieder in gesunde Bahnen geleitet wird.

Schneidfeld bei Schleusingen. Am Sonntag, den 29. Dezember, Nachmittags 4 Uhr fand im Gasthof zum „Rödig von Preußen“ eine Versammlung der organisierten Porzellanarbeiter statt, in welcher die Gründung einer Zahlstelle vorgenommen wurde. Außer den organisierten Berufsangehörigen, die fast alle erschienen waren, nahm noch der Vorsitzende der Agitations-Kommission zu Ilmenau mit noch einem Genossen an der Gründung teil. Ersterer eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er seiner Freude Ausdruck gab, daß nun endlich die Organisation hier oben am Kennsteig derartig festen Fuß gefaßt habe, daß man heute zur Gründung einer Zahlstelle schreiten könne. Hierauf wurde zur Verwaltungswahl geschritten. Dann wurden noch eine größere Anzahl Anfragen an die Vertreter der Agitations-Kommission gerichtet, die entsprechend beantwortet wurden. Speziell wurde auch von den Vertretern der Agitations-Kommission eine Klarstellung bezüglich der ausgeschriebenen Mitglieder-Abstimmung des Schiedsgerichts erwünscht und ebenfalls erteilt, worauf dann die hiesigen Genossen die Erklärung abgaben, nur für die Fragen 1, 4 und 5 zu stimmen, denn nunmehr seien die Extrabeiträge ihrerseits verschmerzt, auch würden sie trotz ihrer schlechten Lohnverhältnisse auf eine Aufrechnung zu ordentlichen Beiträgen verzichten. Nachdem noch der mitanwesende Genosse von der Agitations-Kommission das Hoch auf die neugegründete Zahlstelle ausgebracht hatte, schloß der Vorsitzende der Agitations-Kommission mit dem Wunsch, daß die neugegründete Zahlstelle hier auf der Höhe des Thüringer Waldes recht bald auf der Höhe anlangen möge, um ebenfalls bald manch andern als Vorbild dienen zu können, um 1/6 Uhr die Versammlung.

Literarisches.

— Für Arbeiterfeste, Gewerkschafts- und Vereinsvergünungen hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben ein neues Theaterstück ausgegeben, und zwar diesmal einen kleinen humorvollen Schwank von dem sonst mehr als sinnigen und ersten Dichter bekannten Genossen Ernst Brezgang: „Die Polizei als Christin“. Der Verlag ging dabei von der Voraussetzung aus, daß bei den Festen der Arbeiter auch der Humor seine Berechtigung hat. Ein spießbürgerlicher Dattel aus der Provinz, Feind jeder Arbeiterbewegung, hinter der er Umsturz und Staatsgefährlichkeit erblickt, ist der Angelpunkt der lebendigen Handlung; durch tölpelhafte Verwechslung mit einem „staatsgefährlichen“ ausgewiesenen Ausländer seitens eines Polizisten, die zu seiner Verhaftung führt, wird er rasch von seinem Respekt vor der Polizei kurzt und gibt freudig seine Zustimmung zur Verlobung seines Mündels mit einem Sozialdemokraten. Das Stück empfiehlt sich auch besonders wegen seiner leichten Aufführbarkeit — seine einzige Rolle, für die nicht in jedem Vereine ein Mitglied zur Durchführung sich eignet.

— **Parvus: Die Handelskrisis und die Gewerkschaften** nebst Anhang: Gesekentwurf zum achtstündigen Normalarbeitstag. 4 Bogen 8°. Preis 30 Pf. (Verlag M. Ernst, München). Dem Verfasser ist es in der vorliegenden Arbeit gelungen, die großen kapitalistischen Zusammenhänge der Handelskrisis allgemein verständlich darzulegen, ohne der Wissenschaftlichkeit der Darstellung Abbruch zu thun. Er bleibt in seinen Ausführungen nicht bei der Handelskrisis stehen, sondern geht weiter, indem er versucht, die kommende Lage zu schildern, soweit es die vorliegenden Thatfachen erlauben, von den sich für absehbare Zeit eröffnenden geschäftlichen Aussichten ein Bild zu entwerfen, und skizziert schließlich die gegenwärtige Kampfesstellung der

Gewerkschaften und der Kapitalistenklasse in Deutschland. — Allen in der Bewegung Stehenden sei die Anschaffung der Broschüre besonders empfohlen, da in derselben schätzbare Material für die Agitation niedergelegt ist. Die Schrift ist durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Briefkasten.

Kr. Wenn es trotz meiner Notiz in Nr. 51 die Vertrauensleute nicht für nötig erachteten, ihrem Organe einen Bericht über die Teilnahme an der Konferenz in Neuhaus seitens der diversen Orte der gefassten Beschlüsse z. z. zukommen zu lassen, so möchte ich auch nicht den gesandten Ausschnitt aus dem politischen Blatte verwenden. Die Agitationsbezirke sind von der gewerkschaftlichen Organisation eingerichtet, die event. Kosten werden von dieser bestritten, mirhin bin ich der Ansicht, daß, wenn schon etwas veröffentlicht werden soll, dem eigenen Gewerkschaftsorgan dies zunächst, mindestens aber gleichzeitig direkt zugänglich gemacht werden sollte.

Sterbetafel.

Hermisdorf, Julius Zipsner, Dreher, geb. 16. Juni 1859 in Dffig, gest. 19. Dezember in Hermisdorf an der Porzellanerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 6 Monate.
Dresden, Fedor Reinsberg, Dreher, geb. 6. September 1856, gest. 1. Januar 1902 an Lungentuberkulose. Krankheitsdauer 5 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Ehre ihrem Andenken.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 14. Januar, Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Altwasser. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Außerordentliche Zahlstellenversammlung. Mitglieder-Abstimmung und anderes Wichtiges. Alle Mitglieder wollen erscheinen.
Bayreuth. Sonntag, 12. Januar, Vormittags 10 Uhr bei Fritz Görl, Kreuz.
Berlin. Moabit. Montag, den 13. Januar, Abends 8 Uhr bei Pfarr, Putzstr. 10. Mitglieder-Abstimmung. Neuwahl der Verwaltung.
Berlin I. Montag, 13. Januar, Abends 8 Uhr bei Blume, Schönhauser Allee 70. Mitglieder-Abstimmung.
Berlin II. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr bei Wolfschläger, Adalbertstraße 21. Geschäftliches. Bericht der Verwaltung, des Arbeitsnachweises und der Bibliothek für 1901. Anträge der Lohnkommission. Verschiedenes.
Charlottenburg. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Colditz. Sonnabend, 18. Januar, Abends 8 Uhr im „Sächsischen Hof“. Quartalsabschluss. Alle geliehenen Bibliotheksbücher sind mitzubringen.
Eisenberg. Sonnabend, den 11. Januar im Vereinslokal.
Esterwerda. Sonnabend, den 11. Januar, Abends 1/2 8 Uhr im Vereinslokal G. Hofe, Viehla. Mitbringen sämtlicher Bibliotheksbücher erforderlich.
Frankfurt a. M. Offenbach. Sonntag, 12. Januar, Nachmittags punkt 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kolleg 3, 2. Stock rechts. Eingang am Schwimmbad. Mitglieder-Abstimmung und Quartalsabschluss.
Großbreitenbach. Montag, 13. Januar, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal „Rathhaus“. Wahl der Verwaltung. Mitglieder-Abstimmung. Quartalsabschluss. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
Hermisdorf. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Hüttensteinach. Montag, 13. Januar, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Ilmenau. Sonnabend, 11. Januar, Abends punkt 1/2 9 Uhr „Zur schönen Aussicht“. Mitglieder-Abstimmung. Bericht der Agitationskommission. Neuwahl zum Kartell und Zentralbibliothek.
Kahl. Sonnabend, 11. Januar im „Rosen-garten“. Mitglieder-Abstimmung. Alle erscheinen!
Köln a. R. Sonnabend, den 11. Januar im Vereinslokal. Der wichtigen Tages-Ordnung wegen werden sämtliche Mitglieder aufgefordert, zu erscheinen.
Magdeburg. Neustadt. Sonnabend, den 11. Januar, Abends 8 Uhr bei August Bartels, Fabrikstr. 5-6. Mitglieder-Abstimmung. Alle erscheinen.
Mannheim. Käferthal. Sonntag, 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr im Lokale W. Buz, Redarvorstadt, Dammstr. 10. Quartalsabschluss, außerdem wichtige Tages-Ordnung, deshalb Alle erscheinen und Bibliotheksbücher mitbringen.
Markt Redwitz. Sonnabend, den 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Martinroda. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Thüringer Wald“. Mitglieder-Abstimmung.

München. Sonnabend, 11. Januar 1902 im Restaurant „Zur Klinik“, Ecke Finkling u. Schillerstr. Mitterteich. Samstag, 11. Januar, Abends 1/2 8 Uhr im Vereinslokal „Bayrischer Hof“. Uebergabe der Geschäfte an die neue Verwaltung. Alle Mitglieder erscheinen.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 11. Januar im Vereinslokal. Mitglieder-Abstimmung.

Oberhausen. Sonnabend, den 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Dhruf. Montag, 13. Januar, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Mitglieder-Abstimmung und Kassieren der Beiträge.

Koblenz. Montag, 13. Januar im Vereinslokal.

Schwelm. Samstag, den 11. Januar, Abends 9 Uhr im Vereinslokal.

Sophienau. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mitglieder-Abstimmung.

Stadtilm. Sonnabend, den 11. Januar im Schießhaus. Sämtliche Bibliotheksbücher sind mitzubringen.

Suhl. Sonntag, 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Alle erscheinen.

Uffstädt. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr bei Pfister. Große Ueberraschungen.

Unterprellitz. Sonnabend, den 18. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Das Erscheinen Aller ist notwendig.

Wunsiedel. Sonnabend, 11. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal (bei H. Klemeier). Wichtige Tagesordnung. Alle erscheinen.

Zeitz a. S. Sonntag, den 12. Januar, Vormittags 10 Uhr im Vereinslokal „Babischer Hof“. Mitglieder-Abstimmung. Wegen Uebergabe der Bibliothek sind sämtliche Bücher abzugeben, was die Mitglieder genau beachten wollen.

Alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau i. Sachs.
Narwischstr. 31/33.
Goldschmied

Goldschmiedere

goldhaltige Zappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bezahlung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Zappen, Mäsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w.

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
M. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Bitte nicht übersehen!

Unterzeichneter empfiehlt sich den verehrten Zahlstellen und Kollegen zur Lieferung aller Werke im Buch, Kunst und Musikalien-Handel. Als auch Bilder, Broschüren, Fach- und Zeitschriften aller Art. Größere Werke gegen monatliche Teilzahlung. Lieferung aller Arten Kautschuck- und Metallstempel. Prospekte, Kataloge auf Verlangen gratis. Um geneigte Berücksichtigung bittet
Michael Fayer, Dreher,
Buchhandlung, Selb in Bayern.

Bonn-Poppelsdorf. Geben den Mitgliedern bekannt, daß ich den Abschluß für das 4. Quartal am 15. Januar fertigstelle und mache die Mitglieder auf § 5, Abs. 2 der Statuten aufmerksam.
Der Kassirer.

Suhl. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich den Abschluß pro 4. Quartal bestimmt bis zum 26. Januar fertigstelle und ersuche deshalb die restierenden Mitglieder, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen.
W. B. Krämer, Kassirer.

Ilmenau. Ersuche die Mitglieder dringend, ihre restierenden Beiträge schleunigst zu entrichten, da ich den Abschluß pro 4. Quartal baldigst fertigstellen muß.
W. B. Krämer, Kassirer.

Rohau. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich wegen Quartalsabschluss die Beiträge nur bis zum 28. d. Mts. entgegennehme, widrigenfalls dieselben mit Rest eingezahlt werden.
G. S. Sammet, Kassirer.

Althaldensleben. Die Mitglieder der Zahlstelle mache ich hiermit darauf aufmerksam, daß ich den Abschluß für das 4. Quartal 1901 bis zum 20. Januar fertigstelle.
Otto Wagner, Dfsestr. 6.

Der Zahlstelle Freienorla spricht Hugo Schwarzkopf für Weihnachtsgabe seinen Dank aus.

Charlottenburg. Sämtlichen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 11. Januar 1902 Quartalsabschluss stattfindet. Sämtliche Beiträge müssen bis dahin bezahlt werden, auch müssen sämtliche Bücher abgeliefert werden, da die Bibliothek in andere Hände übergeht und ein Verzeichnis sämtlicher Bibliothekwerke angefertigt wird.
Franz Gerber, Kassirer.

Hüttensteinach. Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 12. d. Mts. pünktlich zu entrichten, da ich den Abschluß bestimmt bis dahin fertigstelle.
Reinhold Sauerteig, Kassirer.

Martinroda. Bis zum 20. Januar müssen sämtliche Beitragsreste beglichen sein, widrigenfalls nach den statutarischen Bestimmungen verfahren wird.
H. C. He, Kassirer.

Meissen. Die hiesigen, sowie durchreisenden Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß bis auf Weiteres die Geldgeschäfte der Zahlstelle während der Stunden von 5-7 Uhr Nachmittags erledigt werden durch
Ernst Bue, Meißner, Schwaig 1.

Die Mitglieder 24 913 Mittelfeld und 29 683 Göde werden von der Verwaltung der Zahlstelle Waldenburg hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen den Logisgebühren gegenüber ungehäumt nachzukommen.

Porzellanarbeiter Dresden!

Mittwoch, den 15. Januar, Abends 8 1/2 Uhr
Oeffentliche Versammlung
im Restaurant zur „Börse“, Pfaffen, Leipzigerstr. 95.
Tages-Ordnung:
1. Mitglieder-Abstimmung (siehe „Ameise“ Nr. 49).
2. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist ein zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Wer Interesse an der Organisation hat, komme in die Versammlung, um gegen das verbandsschädigende Wirken des Schiedsgerichts sein Veto abzugeben.
Der Einberufer.

Achtung! Altwasser. Achtung!

Sonnabend, den 18. Januar, Abends 8 Uhr im Saale des „Deutschen Kaiser“ zu Altwasser
Oeffentlicher Vortrag
über: „Die Geschichte der Urwelt“ erläutert durch 94 Niesen-Lichtbilder.
Hedner Herr H. Laube, Leipzig.
Hierzu werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, sowie der umliegenden Zahlstellen nebst werthen Damen freundlichst eingeladen. Eintritt für Verbandsmitglieder 10 Pf., für Nichtmitglieder 25 Pf.
Die Verwaltung der Zahlstelle Altwasser.

Quittung.

Durch Herrn H. N. von den Genossen in Tiefenfurt für die ausgesperrten Glasarbeiter in Wiefau erhalten:

Vom Malerpersonal bei Donath	7,80 Mk.
„ Dreherpersonal „	2,70 „
„ Malerpersonal „ Steinmann	7,90 „
„ Dreherpersonal „	3,90 „
„ Malerpersonal „ „Silesia“	2,20 „
„ Dreherpersonal „	2,50 „
„ Genossen H.	0,50 „
Gesamt	27,50 Mk.
ab für Porto	0,20 „
bleibt	27,30 Mk.

Friedrich Lippert.

Die Einzelmitglieder

sowie die Mitglieder von Berlin II ersuche ich, die Beiträge pro 4. Quartal pünktlich zu entrichten. Da ich gezwungen bin, den Abschluß diesmal unter allen Umständen früher fertig zu stellen, so muß ich die Beiträge spätestens bis 15. Januar 1902 haben; längere Frist kann ich nicht gewähren. Ebenfalls wollen sich die Einzelmitglieder rege an der Mitglieder-Abstimmung beteiligen und das Votum an Unterzeichneten einlefen.
Carl Munk, Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 151 II.

Tüchtiger Modellabgießer

und Girachter sucht Stellung in einer Porzellan- oder Steingutfabrik. Offerten unter K. G. an die Redaktion der „Ameise“.

Porzellanmaler,

geübt in Blumen, Dekor, Rand und Staffage, sucht Stellung. Selbstiger ist auch in Delfter Landschaften eingearbeitet. Offert. unter H. P. an die Redakt. d. Bl.

Kräftiger Mann

sucht Beschäftigung in Gießereien oder Glashafen. Kollegen, welche einen diesbezüglichen Platz wissen, werden ersucht, Mitteilungen unter H. R. an die Redaktion der „Ameise“ gelangen zu lassen.